Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire

Herausgeber: [s.n.]

Band: 8 (2001)

Heft: 1

Artikel: Vom Nutzen der Historie in der Privatwirtschaft : Historikerinnen und Historiker forschen in Schweizer Firmen über Geschäfte in Nazideutschland

Autor: Gysin, Roland

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-19994

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VOM NUTZEN DER HISTORIE IN DER PRIVATWIRTSCHAFT

HISTORIKERINNEN UND HISTORIKER FORSCHEN IN SCHWEIZER FIRMEN ÜBER GESCHÄFTE IN NAZIDEUTSCHLAND

ROLAND GYSIN

Etwas ist geschehen. Noch vor wenigen Jahren interessierten sich hierzulande Unternehmen kaum für die Arbeit von Historikerinnen und Historikern. Die Wissenschaftler kamen bestenfalls zum Einsatz, wenn der langjährige Mitarbeiter im Firmenarchiv in den Ruhestand trat und sich intern kein Nachfolger für den Kellerjob finden liess. Vereinzelt gelangten Firmen auch an Historiker, wenn es um das Verfassen von Jubiläumsschriften ging. Weitaus häufiger erhielten aber Public-Relations-Büros oder pensionierte Direktionsmitglieder den Zuschlag für solche Aufträge. Als jedoch immer mehr Medien die Rolle schweizerischer Firmen in Nazideutschland thematisierten, stieg der Marktwert von archiverfahrenen Fachspezialisten rapide an. Das war neu. Plötzlich interessierten sich Verwaltungsräte für ihre Firmenarchive und Chief Executive Officers engagierten in Einzelfällen gar Historiker, um die Geschichte ihres Unternehmens nicht nur festlich jubilierend, sondern «etwas sachlicher, ja da und dort durchaus selbstkritisch»[1] aufarbeiten zu lassen.
Der Sinneswandel macht neugierig: Warum zeigen Unternehmen plötzlich ein Interesse an ihrer Geschichte? Welche Themen stehen im Mittelpunkt? Wer entscheidet über die Verwendung von Forschungsresultaten? Wie steht es mit der Unabhängigkeit der Historiker in den Diensten von Unternehmen? Welche Funktion sollen «Geschichte» und «Geschichtswissenschaft» in Unternehmen haben?

WARUM SICH UNTERNEHMEN FÜR IHRE GESCHICHTE INTERESSIEREN

Die Gründe für das Interesse schweizerischer Firmen an ihrer Geschichte während der Nazizeit liegen auf der Hand. Der unmittelbare Anstoss kam aus den Vereinigten Staaten von Amerika.[2] Erst das polternde Auftreten amerikanischer Politiker, die Beharrlichkeit jüdischer Organisationen und Einzelpersonen sowie die Hartnäckigkeit ihrer Rechtsanwälte machten das scheinbar Unmögliche möglich: Die Schweizer Wirtschaft begann sich mit ihrer Vergangenheit während der Zeit des Nationalsozialismus zu beschäftigen.

Bereits im Mai 1995, noch bevor die meisten Politiker und Manager ahnten, dass die Geschäfte schweizerischer Unternehmen in Nazideutschland bald ein öffentliches Thema sein würden, schlug der Bundesrat neue Töne an. Bundespräsident Kaspar Villiger entschuldigte sich an den Feiern zum 50. Jahrestag des Kriegsendes in Europa für die Asylpolitik der Schweiz während der Nazizeit. Nur wenig später holte die Vergangenheit die Schweizerische Bankiervereinigung ein. Auf Druck des World Jewish Congress (WJC) musste sie ihre Dossiers über «nachrichtenlose Vermögenswerte» wieder öffnen. Nach offenbar unseriösen Abklärungen in den ersten Nachkriegsjahren machten sich die Geschäftsbanken Ende der 1990er-Jahre ein weiteres Mal auf die Suche nach nachrichtenlosen Konten. Zum Vorschein kamen 38,7 Millionen Franken. Der WJC reagierte umgehend. Er bezeichnete die Höhe der Summe als «lächerlich» und drohte mit rechtlichen Schritten. Gleichzeitig wandte er sich an den Präsidenten des amerikanischen Bankenausschusses, Senator Alfonse D'Amato. Dieser setzte in den Vereinigten Staaten eine Dutzendschaft von Helfern in Bewegung. Nach kurzer Zeit präsentierte der Politiker Dokumente aus amerikanischen Archiven, welche die Zahlen der Bankiervereinigung in Frage stellten. Offen drohte D'Amato den Schweizer Geschäftsbanken mit der Behinderung ihrer Geschäfte in den Vereinigten Staaten. Plötzlich wurde die Sache ernst. Die finanziellen Konsequenzen würden schmerzhaft sein. Noch schlimmer: Auf dem Spiel standen nicht nur der gute Ruf von Schweizer Finanzinstituten, sondern der ganzen Wirtschaft. Der Bundesrat reagierte schnell. Am 13. Dezember 1996 verabschiedete er den «Dringlichen Bundesbeschluss betreffend die historische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte». Und noch vor Weihnachten präsentierte er der Weltöffentlichkeit die «Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» (UEK) mit dem Auftrag, die Rolle des Wirtschafts- und Finanzplatzes Schweiz während der Nazizeit umfassend aufzuarbeiten. Durch den Bundesbeschluss erhielten die Kommissionshistoriker uneingeschränkten Zugang zu schweizerischen Firmenarchiven. Spätestens jetzt begannen sich neben den Banken auch die Chemie- und Versicherungsunternehmen sowie die Firmen der Maschinen- und der Nahrungsmittelindustrie um ihre vergessenen Dokumente zu kümmern. Viele wussten nicht einmal, ob sie ihre Unterlagen aus den 1930er- und 1940er-Jahren aufbewahrt hatten. Eigens hierfür engagierte Archivare und Historiker sollten dies herausfinden.

Das Erstaunen war gross. Fast überall wurden sie fündig. Mancherorts zeigte man sich nicht gerade glücklich über die Menge und die Aussagekraft der unerwarteten Archivfunde. Ein Kadermitglied eines grossen Branchenverbandes ärgerte sich, dass er den «alten Plunder» nicht schon vor Jahren fort-

geworfen hatte: «Wegen dem Bundesratsbeschluss dürfen wir das heute leider nicht mehr.» Und Peter Gmeiner, erster Sekretär des Schweizerischen Versicherungsverbandes (SVV), wollte die Arbeit der UEK auf die Firmenarchive in der Schweiz begrenzt wissen: «Wir sind nicht einverstanden, dass die Bergier-Kommission auch unsere deutschen Tochtergesellschaften untersucht.»[3] Die UEK war um ihr Mandat nicht zu beneiden, war sie doch trotz Bundesbeschluss bei ihrer Arbeit in den Firmenarchiven auf das Wohlwollen und die Mitarbeit der Unternehmen angewiesen. Trotzdem scheute sich Jakob Tanner, Mitglied der UEK, nicht, Klartext zu sprechen. Lakonisch konstatierte er eine «Kraftprobe mit einzelnen Firmen, die nicht an Transparenz interessiert sind».[4]

ÜBER ARBEITSBEDINGUNGEN IN ARCHIVEN UND IN DER FORSCHUNG

Ebenfalls keine leichte Aufgabe erwartete die Historiker, welche die Firmen für ihre eigenen Abklärungen angestellt hatten. In einer ersten Phase bestand deren Aufgabe hauptsächlich darin, sich einen Überblick über die Aktenlage zu verschaffen. Ausgerüstet mit tragbaren Computern durchstreiften sie unterirdische Archivräume und verstaubte Dachkammern. Fast überall trafen sie auf alte Unterlagen, die oft achtlos übereinander gestapelt aufbewahrt wurden. Es konnte auch geschehen, dass sie dem Hausdienst einen Wassereinbruch melden mussten; oder dass sie in einem Archivraum in der Tiefgarage Dokumente entdeckten, die wegen der extrem hohen Luftfeuchtigkeit von einem Schimmelpilz befallen waren.

Wo geschultes Archivpersonal fehlte, erfuhren die Historiker im Gespräch mit Sachbearbeitern, wie Aktenablage und langfristige Archivierung in den jeweiligen Abteilungen organisiert waren. Immer wieder fragten sie nach den Vorschriften für die Aktenaufbewahrung. Manchmal hatten sie Glück und trafen auf Mitarbeiter, die verstanden, wovon sie sprachen. Oft stiessen die Historiker aber auch auf liebenswürdiges Unverständnis: «Alle Dokumente, die älter als die gesetzliche Aufbewahrungsfrist von zehn Jahren sind, interessieren uns nicht», bekamen sie zu hören. Standen Umzüge bevor, galt es besonders aufzupassen; denn der grösste Feind forschender Historiker ist bekanntlich «der Räumungswahn in den Firmenkellern».[5] Sachbearbeiter konnten nicht in jedem Fall wissen, was historisch wertvoll war oder gar unter das Aktenvernichtungsverbot fiel, auch wenn die Geschäftsleitung zuvor darüber informiert hatte. War ein Unternehmen bislang leichtfertig mit Akten umgegangen (kein zentrales historisches Firmenarchiv, Aktenaufbewahrung ausschliesslich nach rechtlichen

und nicht auch nach historischen Richtlinien), konnte die Aktenverwaltung unmöglich von heute auf morgen umgestellt werden.

Der Wechsel von einem desolaten Dokumentendurcheinander zu einem geordneten historischen Unternehmensarchiv bedingte neben den strategischen Vorgaben einer «Archivpolitik» auch ausgebildetes Archivpersonal. Dieses wiederum war auf die Bereitschaft sämtlicher Mitarbeiter einer Firma angewiesen, die langfristige Aufbewahrung historisch relevanter Dokumente auch als Teil der eigenen Arbeit anzusehen. Denn: Nur was verstanden wird und verständlich ist, wird auch umgesetzt.[6]

Nachdem der Umfang potenziell relevanter Akten bekannt war, mussten die Firmenhistoriker einen Frage- und Forschungskatalog erarbeiten; ebenfalls kein leichtes Unterfangen. In einigen Bereichen wie zum Beispiel in der Versicherungswirtschaft konnten sie kaum auf Sekundärliteratur zurückgreifen. Zudem war der fachliche Austausch mit Fachkollegen wegen unterschriebener Vertraulichkeitserklärungen nur bedingt möglich. Im Verlauf des Quellenstudiums mussten die Unternehmenshistoriker deshalb ihre Fragen immer wieder den neuen Erkenntnissen anpassen.

Weitaus problematischer war aber die Tatsache, dass in einigen Unternehmen vorwiegend die Rechtsabteilungen die Erkenntnis leitenden Fragen diktierten und nicht die Historiker. Im Hinblick auf Sammelklagen aus den USA wollten die Firmenjuristen gewappnet sein, materiellen und ideellen Schaden abzuwenden. Für die Historiker stellte sich spätestens zu diesem Zeitpunkt die Frage, welchen Einfluss die juristische Sichtweise auf ihre Arbeit haben würde. Besassen sie einen Arbeitsvertrag, der ihnen eine weitgehende Forschungs- und Publikationsfreiheit zugestand, galt es pragmatisch abzuwägen, ob die zudienende Rolle des Faktenlieferanten für Firmenanwälte als temporäre Begleiterscheinung zu akzeptieren war. Wissenschaftlich und ethisch unzumutbar wurde es jedoch dann, wenn sich abzeichnete, dass geschichtswissenschaftliche Fragestellungen und Forschungen kaum oder gar nicht mehr möglich waren und Untersuchungsresultate gar nicht oder erst nach einer Prüfung durch die Anwälte publiziert werden durften. Die Tatsache, dass bislang kaum ein schweizerisches Unternehmen die Resultate der eigenen Forschungen über seine Geschäftstätigkeiten in Nazideutschland veröffentlichte, stimmt nachdenklich: Haben die Firmenhistoriker nichts herausgefunden und deshalb nichts zu sagen, oder haben die Unternehmen viel zu verbergen und deshalb nichts zu publizieren?

Im Gegensatz zur Schweiz wählten einige deutsche Firmen wie die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Bertelsmann Gruppe oder die Allianz Versicherung ein offensiveres und Publikums wirksameres Vorgehen. Schon vor Beginn der öffentlichen Diskussionen über Sammelklagen hatten andere wie

zum Beispiel die Daimler-Benz AG oder die Volkswagenwerke interne und – zumindest auf dem Papier – unabhängige Historikerkommissionen eingesetzt. Deutsche Unternehmen pflegen offensichtlich einen offensiveren Umgang mit der eigenen Geschichte; insbesondere scheinen sie zum Schluss gekommen zu sein, «dass [die] grösstmögliche Offenheit die beste Strategie ist, um sich der öffentlichen Diskussion zu stellen».[7]

Wie beurteilen renommierte Wissenschaftler wie Gerald D. Feldman, Professor an der Universität Berkeley, der im Auftrag des Allianzkonzerns zu dessen Unternehmensgeschichte während der Zeit des Nationalsozialismus forscht, ihren Status als «Firmenangestellte»? Feldman ist überzeugt, dass Historiker bei einer solchen Arbeit ihre eigene, soziale Verantwortung immer klar und deutlich vor Augen haben müssen. Dies bedeute Respekt und Verständnis für Privatinteressen, aber auch «eine vom Geist der Aufklärung bestimmte Sorge um den Ausgleich von individuellem Interesse und öffentlichem Erfordernis».[8] Und der Wirtschaftshistoriker Wilfried Feldenkirchen, der für Siemens forschte, meint: «Wenn ich im Interesse meines Arbeitgebers die Ergebnisse schönen würde, dann wäre ich meinen Ruf als seriösen Wissenschaftler bald los.»[9] Anders sieht es der Ökonom und Feldman-Kritiker Gian Trepp: Historiker im «honorierten Auftragsverhältnis» übersähen «den kleinen, aber feinen Unterschied zwischen dem besoldeten Hofhistoriker und dem unbezahlten Firmenhistoriker.»[10] Für Trepp steht die Unternehmensgeschichte in einem «direkten kapitalistischen Verwertungszusammenhang», der die «unabhängige Forschung behindert».

Es stellt sich die Frage, ob demzufolge alle privatfinanzierten Historiker Totengräber der freien Forschung sind. Die Antwortet lautet: Nein. Die Gegenüberstellung «unbezahlte Forschung gleich unabhängige Forschung» versus «privatfinanzierte Forschung gleich Hofberichterstattung» greift zu kurz. Die Frage der «Unabhängigkeit» ist nicht eine Frage des (privaten oder staatlichen [!]) Finanzgebers, sondern eine Angelegenheit der persönlichen Integrität jedes einzelnen Historikers. Aufträge kann man ablehnen, und eine Stelle lässt sich kündigen. In den USA haben Universitätsangestellte noch eine andere Möglichkeit: Sie können sich bei der *American Association of University Professors* mit einer Prämie von jährlich 125 Dollar gegen Schäden, die durch ihre Forschungen entstehen, bis zu einer Million Dollar versichern. Trotzdem. "The greatest insurance we can have, however", meint Feldman, "is our backbone and a goodly measure of Civilcourage, that is, what German academics lacked in the 1920s and 1930s."[11]

UND WAS DARAUS FOLGT

Zwischen Historikern und Entscheidungsträgern in Unternehmen besteht nach wie vor ein grosses Misstrauen. Aus unternehmerischer Sicht ist dies verständlich. Die Privatwirtschaft hat ihre Archive nicht freiwillig geöffnet, sondern vielmehr auf politischen Druck von Aussen. Des Weiteren suchte sie die Zusammenarbeit mit Geschichtswissenschaftlern nicht aus freien Stücken, sondern weil sie in erster Linie Fachleute benötigte, welche die Firmenanwälte in deren Arbeit «Schaden vom Unternehmen abzuwenden» unterstützen sollten. Je nach Unternehmen gelang es den Historikern, einen gewissen Grad an Themen- und Forschungsfreiheit auszuhandeln – oder eben nicht.

Einfacher hatten es diesbezüglich die unabhängigen Experten der UEK. Per «Dringlichem Bundesbeschluss» erhielten sie uneingeschränkten Aktenzugang mit dem klaren Auftrag, «unabhängig» zu forschen. Einige Unternehmen taten sich jedoch sehr schwer damit. Trotz Bundesbeschluss fanden die Vertreter der UEK zum Teil erst nach intensiven Diskussionen mit Firmen und Verbandsvertretern einen Modus Vivendi, der die Einsichtnahme in die internen Unterlagen regelte. Immer noch offen ist zudem die Frage, was mit dem umfangreichen Material der UEK nach Abschluss ihrer Forschungen Ende 2001 geschieht. Wird es vollumfänglich weiteren Wissenschaftern, Journalisten und anderen Interessierten zugänglich sein, oder aber dem Zugriff der Öffentlichkeit für Jahrzehnte entzogen bleiben?

Der politische Druck auf die Unternehmen, ihre Archive zu öffnen, war richtig. Mittel- und langfristig muss es vor allem darum gehen, Unternehmen zu überzeugen, dass sie ihre Keller und Dachböden aus freien Stücken der Forschung zugänglich machen.[12] Wie das Beispiel «Südafrika» zeigt, werden Bundesrat und Parlament in Zukunft nicht für jedes politisch und historisch sensible Thema einen «Dringlichen Bundesbeschluss» verabschieden, um auf diese Weise unabhängigen Forschern Einsicht in private Dokumente zu erzwingen.

Wie bringt man Unternehmen dazu, ihre Archive zu öffnen? Welchen Nutzen haben sie, wenn sie freiwillig ihre Akten der Forschung zugänglich machen? Zwei Formen von unternehmerischem Nutzen lassen sich denken. Erstens ist die Unternehmensgeschichte Basis für die Unternehmenskultur: Das Wissen um die eigene Geschichte schafft einen Mehrwert, indem es zur Identität eines Unternehmens beiträgt. Strukturieren Manager einzelne Abteilungen oder gar ganze Firmen um und kommunizieren Angestellte nur noch über E-Mail, steigt das Bedürfnis nach gemeinsamen Werten. Bevor Unternehmer aber über Corporate Identity und ähnliche Begriffe sprechen, müssen sie über ihre eigene Geschichte Bescheid wissen. Und diese auch vorbehaltlos gegen Innen und Aussen kommunizieren. Gerade die Diskussionen über die Geschäfte der Schwei-

zer Wirtschaft in Nazideutschland haben gezeigt, dass Offenheit im Umgang mit der eigenen Vergangenheit auch aus unternehmerischer Sicht die beste Strategie ist. Wer nichts zu verbergen hat, wird sich auch besser und vor allem glaubwürdiger gegen Boykottdrohungen und (Sammel-)Klagen zur Wehr setzen können. Die Chief Executive Officers und ihre Verwaltungsräte können nicht für die Geschäftsvorgänge und die Mentalität des *business as usual* ihrer Vorgänger verantwortlich gemacht werden; wohl aber dafür, wie sie hier und jetzt damit umgehen. Und daran werden sie auch von nachfolgenden Generationen gemessen werden.

Zweitens ist Geschichte nie ausschliesslich rückwärts gewandt. Im Gegenteil: Sie hilft, vorwärts zu schauen. Die Bewertung der Firmenvergangenheit ist relevant im Hinblick auf den Umgang mit aktuellen oder zukünftigen Fragen. Geschichte wird auf diese Weise zu einem Instrument, um Themen ganzheitlich und nachhaltig angehen zu können. Nicht mehr nur Finanzanalysten beurteilen den Zustand eines Unternehmens, sondern auch «Geschichtsanalysten». Nur wenn die Entscheidungsträger in einem Unternehmen wissen, was gewesen ist, können sie entsprechend handeln und ihre soziale Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit, den Angestellten und den Aktionären wahrnehmen. Unabhängig davon, ob es um die Geschäfte in Nazideutschland geht, oder um ganz andere Fragen wie etwa eine Untersuchung über die Folgen der Veränderung der internen Kommunikationswege in den letzten 30 Jahren. Wenn Historiker in Unternehmen arbeiten, müssen sie sich auch vermehrt damit auseinander setzen, wie Firmen funktionieren und dies bei ihren (Forschungs-)Tätigkeiten berücksichtigen.[13] An deutschsprachigen Universitäten gibt es gegenwärtig kaum Möglichkeiten, eingehend über die verschiedenen Methoden und Inhalte der Unternehmensgeschichte zu diskutieren. Kaum Platz haben auch Gespräche zwischen Historikern und Vertretern aus der Privatwirtschaft. Das ist schade; denn Unternehmensgeschichte lässt sich am besten im Praxis orientierten und fachlichen Austausch schreiben.

Interdisziplinäres Arbeiten ist angesagt; und zwar nicht nur mit Ökonomen und Juristen. Historiker dürfen sich nicht scheuen, den Versicherungsmathematiker über versicherungstechnische Details auszufragen oder mit dem Chemiker über die verschiedenen logistischen Probleme beim Transport giftiger Substanzen zu diskutieren. Diese Form von fächerübergreifender und Praxis orientierter Forschung war und ist für viele Historiker ungewohnt. Um Berührungsängste abzubauen, könnten als konkrete Sofortmassnahme mehr interdisziplinäre Lehrveranstaltungen durchgeführt werden, an denen neben Entscheidungsträgern aus Unternehmen auch Juristen, Ökonomen, Public-Relations-Fachleute und Archivare teilnehmen. Das Thema könnte sein: «Wie gehen schweizerische Unternehmen mit ihrer Geschichte um?» Die folgenden zwei

Bereiche könnten diskutiert werden. Der erste Bereich würde sich mit den «materiellen Grundlagen der Unternehmensgeschichte» befassen, den Firmenarchiven. Im zweiten Teil würden Fallbeispiele im Mittelpunkt stehen. Nach welchen Kriterien selektioniert ein Unternehmen seine Akten? Welche Probleme ergeben sich bei der Vermittlung von Forschungsresultaten? Welche Interessen haben Historiker? Welche Ziele verfolgt ein Unternehmen? Gibt es eine Interessengemeinschaft zwischen Historikern und Unternehmen? Wo liegen die Differenzen? Und schliesslich: Was braucht es für eine unabhängige, privatfinanzierte Unternehmensgeschichtsforschung?

Anmerkungen

1 Vorwort von Rainer E. Gut, Präsident des Verwaltungsrates der Credit Suisse Group, im März 2000, in Joseph Jung, *Von der Schweizerischen Kreditanstalt zur Credit Suisse Group. Eine Bankengeschichte,* Zürich 2000; Joseph Jung, *Die Winterthur. Eine Versicherungsgeschichte,* Zürich 2000.
2 Catherine Boss, Roland Gysin, «Über den Zaun gebellt. Die Printmedien, D'Amato und die Schweiz im Zweiten Weltkrieg», *klarTEXT, Das Schweizer-Medienmagazin* 2 (1997).
3 Denis von Burg, «Historiker vor verschlossenen Türen. Zahlreiche Firmen verweigern der Kommission Bergier die Einsicht in ihre Beziehungen zu Nazideutschland», *Sonntags-Zeitung,* 19. 10. 1997.
4 Wie Anm. 3.
5 Beat Kappeler, «Tatort Firmenarchiv: Was den Historikern nützen könnte, ist längst vernichtet. Schokoladenhasen statt Dokument», *Weltwoche,* 23. 10. 1997.
6 Vgl. z. B. Barbara Eggenkämper, «Neu in der Zunft der Wirtschaftsarchive: Das Firmenhistorische Archive der Allianz AG 1993 bis 1998», *Archiv und Wirtschaft* 2 (1998), 61–68. Siehe auch unter http://www.allianz.de/meta/az/geschichte/sat5/index.html. Sowie allgemein Evelyne Kroker et al., *Handbuch für Wirtschaftsarchive. Theorie und Praxis*, München 1998.
7 Manfred Pohl, «Deutsche Unternehmen im Schatten des Nationalsozialismus. Plädoyer für eine Forschungsinitiative auf nationaler und internationaler Ebene», *Neue Zürcher Zeitung,* 28./29. 11. 1998.
8 Gerald D. Feldman, Unternehmensgeschichte des Dritten Reichs und Verantwortung der Historiker: Raubgold und Versicherungen, Arisierung und Zwangsarbeit, Bonn 1999. http://www.fes.de/fulltext/historiker/00501.htm.
9 Nicola Dickmann, «Zwischen allen Stühlen. Wirtschaftshistoriker sind am Markt gefragt wie nie zuvor. Doch an den Universitäten steckt das Fach in der Krise», *Die Zeit,* 25. 3. 1999.
10 Gian Trepp, «Die Wahrheit von gestern und die Interessen von heute. History of the business oder Historikerbusiness: Firmengeschichte zu verkaufen», *Die WochenZeitung,* 18. 2. 1999.
11 Beitrag von Gerold D. Feldman in der Dokumentation zur Goldhagen-Debatte über Rolle und Funktion (wissenschaftlicher) Kritik und (rechtlichen) Konsequenzen. Nachzulesen unter: http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/diskusio/nszeit/jeopardy.htm.
12 Vgl. dazu Jörg Fisch, «Die Illusion der abschliessenden Wahrheit. Ein problematischer Bundesbeschluss», *Neue Zürcher Zeitung,* 8. 11. 1996.
13 Zum aktuellen Stand der Diskussion vgl. Toni Pierenkämper, «Was kann eine moderne Unternehmensgeschichtsschreibung leisten? Und was sollte sie tunlichts vermeiden», *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 4 (1999), München; sowie Manfred Pohl, «Zwischen

Weihrauch und Wissenschaft? Zum Standort der modernen Unternehmensgeschichte. Eine Replik auf Toni Pierenkämper», *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 2 (1999), München; Harm G. Schröter, «Die Institutionalisierung der Unternehmensgeschichte im deutschsprachigen Raum», *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 1 (2000), München. Zusammenfassend Toni Pierenkämper, «Sechs Thesen zum gegenwärtigen Stand der deutschen Unternehmensgeschichtsschreibung. Eine Entgegnung auf Manfred Pohl», *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 2 (2000), München.

RESUME

DE L'UTILISATION DE L'HISTOIRE DANS L'ECONOMIE PRIVEE. HISTORIENNES ET HISTORIENS RECHERCHENT DANS LES ENTREPRISES SUISSES SUR LES AFFAIRES EN ALLEMAGNE NAZIE

Il y a encore peu, les entreprises de ce pays ne s'intéressaient guère au travail des historiens et historiennes. Pourtant, à mesure que les medias épinglaient le rôle des firmes suisses dans l'Allemagne nazie, la valeur marchande des archives des historiens expérimentés connut une hausse rapide.

Les raisons à cela sont claires comme de l'eau de roche. Banques, assurances et d'autres branches se sont soudainement vues confrontées à des plaintes collectives et des exigences financières en provenance des USA pour des montants chiffrés en milliards. Pour préserver la bonne réputation de la Suisse, le Conseil fédéral pris l'initiative et adopta le 13 décembre 1996 un arrêté fédéral urgent concernant «les recherches historiques et juridiques sur le sort des avoirs déposés en Suisse à cause du régime national-socialiste». Quelques jours plus tard il présenta la Commission indépendante d'experts Suisse-Seconde guerre mondiale (UEK) chargée d'examiner le rôle de la place économique et financière suisse durant l'époque nazie.

La commission disposa d'un accès à toutes les archives d'entreprises. En même temps, le monde de l'économie a également engagé des recherches. Tant les chercheurs payés par l'Etat que ceux engagés par le privé se sont vus continuellement exposés à la critique. Vouloir opposer la recherche non payée conçue comme recherche indépendante à la recherche financée par le privé vue comme information de complaisance est un peu court.

La question de l'indépendance n'est pas une question liée à la motivation du bailleurs de fonds, mais concerne l'intégrité personnelle de chaque historien. L'historien d'entreprise n'est plus crédible, dès lors que les firmes et/ou des réflexions de politique nationale dictent non seulement le questionnaire mais

aussi les réponses. Le fait que jusqu'ici pratiquement aucune entreprise suisse n'a publié les résultats de ses propres recherches sur ses activités commerciales en Allemagne nazie, laisse pensif. Est-ce à dire que les historiens d'entreprise n'ont rien découvert et qu'ils n'ont par conséquent rien à dire, ou faut-il penser que les entreprises ont beaucoup à cacher et par conséquent ne publient pas?
Les universités pourraient jouer un rôle pour faire ouvrir les portes des archives d'entreprises. Pour éliminer les peurs qui existent entre la communauté scientifique des historiens et l'économie privée, les universités pourraient mettre sur pied des colloques auxquels des décideurs, des juristes, des économistes, des spécialistes de la communication et des archivistes seraient conviés. Thème de ces rencontres: Comment les entreprises suisses traitent leur histoire? Et que faut-il pour une histoire d'entreprise indépendante financée par des capitaux privés?

(Traduction Frédéric Sardet)